N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 16. Dezember 2011, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Schäfer, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Wüst
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
PIRATEN	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Stadtverordneter Stompfe (CDU)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. November ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zu heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen somit gilt das Protokoll in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

Zum Ablauf der Novembersitzung trägt der Stadtverordnetenvorsteher anschließend eine Erklärung vor. Die Sitzung war nach einem Wortbeitrag des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke), zu den Tagesordnungspunkten 13 Verkauf eines städtischen Baugrundstücks im Stadtgebiet und 19.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Germanenplatz-Bebauung unterbrochen worden. Vom Redebeitrag des Stadtverordneten Köster wurde eine Abschrift der Tonaufzeichnung angefertigt und allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt. Nach Kenntnisnahme der genauen Wortwahl des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) hält der Stadtverordnetenvorsteher seinen in dieser emotionalen Situation angedrohten Sitzungsausschluss des Stadtverordneten Köster nicht für gerechtfertigt. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt dies zur Kenntnis.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert die Stadtverordnetenversammlung, dass zur heutigen Tagesordnung vier Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Bevor diese Anträge aufgerufen werden stellt jedoch der Stadtverordnete Becker (MBL) den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 10

Sanierung und Erweiterung Sporthalle Richtsberg Gesamtschule Beschlüsse gem. AGA Anlage 21, Ziff. 2, Hochbaumaßnahmen Vorlage: VO/0509/2011

zu vertagen und begründet dies.

Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung fasst die Stadtverordnetenversammlung bei Ja-Stimmen von CDU, Marburger Linke, FDP, MBL, BFM und Piraten Partei und bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grüne folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgewiesen. Der TOP 10 wird nicht vertagt.

Es folgt die Behandlung der dringlichen Anträge.

1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Situation Sportstätten insbesondere Hallen-Sanierung Richtsberghalle VO/0841/2011

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Backes (SPD).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktionen von CDU, Marburger Linke, FDP, MBL, Piraten und BFM die Dringlichkeit.

Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bürger für Marburg betr. Sanierung und Erweiterung der Sporthalle der Gesamtschule Richtsberg VO/0842/2011

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Suntheim-Pichler (BFM). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung wird die Dringlichkeit unterstützt durch die Stadtverordneten von CDU, Marburger Linke, FDP, MBL, BFM und Piraten Partei.

Damit ist das erforderliche 2/3-Quorum des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betr. Hallenneubau VO/0844/2011

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Stötzel (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

In der anschließenden Abstimmung wird die Dringlichkeit unterstützt durch die Stadtverordneten von CDU, Marburger Linke, FDP, MBL, BFM und Piraten Partei.

Damit ist das erforderliche 2/3-Quorum des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

4. Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betr. Richtsberg-Sporthalle VO/0845/2011

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Wüst (FDP). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Dringlichkeit. Somit wird der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen und vom Stadtverordnetenvorsteher unter **TOP 13.1** aufgerufen.

Alle dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

Sodann gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den **Tagesordnungspunkt 5 betr. Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2011 bis 2015 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2012** zu vertagen bis zur Januarsitzung und begründet dies.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht der Stadtverordnete Rink (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von MBL, FDP und Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 5 wird abgewiesen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der ergänzten Fassung als geändert.

---

zu 3.1 Wirtschaftsplan 2012 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0820/2011

Der Wirtschaftsplan wird zurückgestellt bis zur Januarsitzung.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler (Nr. 1 12/2011)
Vorlage: VO/0860/2011

Ist im Zuge der Umgestaltungsarbeiten der Stadthalle, bei denen berechtigterweise eine Vielzahl von Einzelinteressen berücksichtigt werden, daran gedacht, den international bekannten Regisseur des politischen Theaters Erwin Piscator und seine Tätigkeit in Marburg in einer angemessenen und touristisch ansprechenden Form dauerhaft zu würdigen, und in welcher Form soll dies geschehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Persönlichkeit Erwin Piscators künstlerisch in die Umgestaltung des Erwin-Piscator-Hauses einzubeziehen.

Denkbar wäre es, eine Büste oder Skulptur im neuen Foyer aufzustellen. Hierzu hat der Marburger Künstler Rupert Eichler bereits einige Vorschläge eingebracht. Interessant wäre es auch, über eine Skulptur auf der neu und auf jeden Fall attraktiver als bisher zu gestaltenden Freifläche vor dem Erwin-Piscator-Haus nachzudenken. Das Thema soll im Rahmen der weiteren Planungen vertieft werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Maro Nezi (Nr. 2 12/2011) Vorlage: VO/0847/2011

Warum verwenden die Stadtwerke Marburg für ihre Briefkommunikation kein reines Ökopapier, also 100% Recyclingpapier, so wie es die Stadt Marburg aus gutem Grund macht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadtwerke Marburg GmbH verstehen sich in der Stadt Marburg und der Region als führend in der Erstellung und Umsetzung zur Erzeugung regenerativer Energien und einer auf ökologischen Grundsätzen beruhenden Versorgung der Bevölkerung. Zahlreiche Anlagen (Windkraft, Photovoltaik, Biogas, Pellet-Heizungen) machen dies deutlich, mit der erst kürzlich erfolgten, sehr erfolgreichen Emission eines CO2-Sparbriefes beziehen die Stadtwerke zudem auch interessierte Bürger in die Bemühungen zur Vermeidung schädlicher CO2-Emmisionen ein. Die Stadtwerke unterstützen so in jeder Hinsicht die erklärten Ziele ihrer Gesellschafterin, der Stadt Marburg, zur Vermeidung schädlicher CO2-Emissionen und Verwirklichung des Klimaschutzes

Auch betriebsintern sind die Ziele des Umweltschutzes Bestandteil aller Abläufe. Abfalltrennung, ökologisch verantwortliche Entsorgung, Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Betriebs- und Verwaltungsgebäude sind schon seit langem verwirklicht.

In der Büroorganisation wurden bereits verschiedene Lieferanten von Recyclingpapier mit den entsprechenden DIN-Normen eingesetzt. Es zeigte sich aber, dass die bei den Stadtwerken Marburg eingesetzten Laser- und Tintenstrahldrucker sowie die Kopiersysteme bei dauerhafter Verwendung Schwierigkeiten mit dem Einzug von 100 % Recyclingpapier haben. Bestimmte ältere Drucker können das bisher eingesetzte Recyclingpapier nicht verarbeiten. Weitere Schwierigkeiten treten außerdem häufig bei Duplexdrucken auf Laserdruckern auf, auch das Druckbild wird teilweise verschwommen.

Es wird bereits darauf geachtet, dass neue Drucksysteme eine bessere Unterstützung bei der Verwendung von Recyclingpapier bieten.

Bei Anschaffung neuer Systeme wird vom Hersteller die Bestätigung verlangt, dass keine Einschränkungen in Bezug auf die Verwendung von Recyclingpapier bestehen. Für Rechnungen, Werbeträger usw. ist die Umsetzung auf U-papier oder zertifiziertes FSC-Papier noch nicht erfolgt. Die Stadtwerke werden den Hinweis darauf gerne aufnehmen und zukünftig den Druck ihrer Materialien auf das entsprechende Papier vornehmen und auf die Qualitätsbezeichnung hinweisen. Ggf. werden wir uns an die bei der Stadtverwaltung damit befassten Mitarbeiter wegen einer Hilfestellung wenden.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 3 12/2011)
Vorlage: VO/0849/2011

Das Projekt „Wohnen für Hilfe" wird in universitären Städten immer populärer und erfolgreicher durchgeführt. Wird das Projekt auch in Marburg angeboten? Wenn ja, wie wird es angenommen und welchen Beitrag leisten die Stadt, Uni und das Studentenwerk?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Projekt „Wohnen für Hilfe" gibt es seit August 2011 auch wieder in Marburg. In 2006 hatte das Studentenwerk ein ähnliches Angebot gemacht, das aufgrund personeller Engpässe aber nicht auf Dauer fortgeführt werden konnte.

In Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Marburg startete das Studentenwerk Marburg nunmehr einen weiteren Anlauf. Das Studentenwerk vermittelt und betreut diese Wohnpartnerschaften und versucht durch Vorabgespräche die jeweils richtigen „Partner" zu finden.

Das noch sehr junge Projekt (Beginn August 2011) wird sowohl von Seiten der Studierenden als auch von Seiten älterer Menschen zunehmend nachgefragt, wobei die Vermittlungsschwierigkeiten vielfältig sein können: Liegt die Wohnung z.B. in einem etwas entfernteren Stadtteil, kann aufgrund einer schlechteren ÖPNV-Anbindung kein entsprechendes Pendant gefunden werden oder es stellt sich in Gesprächen heraus, dass die unterschiedlichen Vorstellungen und Lebensentwürfe doch nicht zueinander passen usw.

Von Seiten der Stadt Marburg bestehen Kooperationsebenen zum Pflegebüro und zur Wohnungsvermittlungsstelle. Beide Arbeitsbereiche informieren über das Angebot und verweisen auf bzw. vermitteln bei Nachfragen an das Studentenwerk.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 4 12/2011)
Vorlage: VO/0856/2011

Welche Auswirkungen hat das kürzlich novellierte „Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz" für den DBM, welche Risiken in Bezug auf Ausschreibungen und Vergaben an die Privatwirtschaft bestehen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, das das bestehende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ersetzen wird, ist noch nicht beschlossen. Zwar sind die grundsätzlichen Regelungen sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat beschlossen worden, jedoch wurde vom Bundesrat der Vermittlungsausschuss zum Themenkomplex der „Gewerblichen Sammlung" angerufen.

Das neue Gesetz regelt, dass die Zuständigkeit für die Erfassung, Sammlung und Verwertung der in privaten Haushalten anfallenden Abfälle weiterhin in der Zuständigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (Städte/Landkreise) verbleibt.

Insofern unterstreicht das Gesetz die schon bisher geltende Regelung und unterstreicht die Position der öffentlichen Entsorger, also auch des DBM. Insofern besteht zunächst grundsätzlich kein Änderungsbedarf.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber aber auch beschlossen, dass Folien/stoffgleiche Nichtverpackungen, Metalle und Bioabfälle zukünftig getrennt erfasst und gesammelt werden müssen. Bioabfälle in der Biotonne und Metalle im Rahmen der Sperrmüllsammlung werden ja bereits heute separat erfasst.

Hinsichtlich der getrennten Erfassung von Folien rückt wieder die Wertstoffsammlung in den Blickpunkt. In der aktuellen Gesetzesfassung wurde der Begriff der „Wertstofftonne" durch „Wertstoffsammlung" ersetzt. Eine weitergehende Präzisierung enthält das Gesetz nicht. Die Bundesregierung hat aber bereits angekündigt, Anfang 2012 einen Entwurf für ein Wertstoffgesetz vorzulegen. Dieses wird dann insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten, kommunale Erfassungssysteme zu etablieren, zu analysieren sein. Insofern wird es kurzfristig keine haushaltsnahe weitere Wertstoffsammlung geben.

Da aber die Einführung einer Wertstoffsammlung bereits in der Abfallrahmenrechtlinie der EU enthalten ist, bedeutet dies, dass das Projekt z.Zt. nur verschoben aber nicht aufgehoben ist, sondern vielmehr aufgrund seiner grundlegenden Bedeutung für die Weiterentwicklung der Entsorgung zu einer Ressourcenwirtschaft seitens des Magistrats weiter verfolgt wird.

In der strittigen Fragestellung nach der Zulässigkeit einer gewerblichen Sammlung für werthaltige Abfälle aus privaten Haushalten ist zur Zeit der Ansatz enthalten, dass diese zulässig sei, wenn sie „gleichwertig" sei und die öffentlich-rechtliche Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushalten nicht gefährdet.

Diese Öffnung ging der Mehrheit der im Bundesrat vertretenen Länder immer noch zu weit und bedeute für die öffentlichen Entsorger ein zu hohes Risiko. Außerdem sind die Begriffe juristisch unbestimmt, sodass die praktische Umsetzung nahezu unmöglich sei.

Die Bundesratsmehrheit fordert insofern zumindest eine Präzisierung bzw. gänzliche Streichung dieses Passus.

Mit dieser Fragestellung wird sich nun der Vermittlungsausschuss befassen. Einigt sich der Ausschuss auf Änderungen, muss über das Kreislaufwirtschaftsgesetz sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat abstimmen. Erfolgt keine Änderung, muss lediglich der Bundesrat darüber abstimmen. Als Fazit bedeutet dies: Verweigert eine der beiden Kammern ihre Zustimmung, ist das Gesetz endgültig gescheitert. Dazu wird es aber nach Einschätzungen aus Fachkreisen wohl nicht kommen.

Aktuell wird davon ausgegangen, dass das Gesetz erst im Sommer 2012 in Kraft treten wird.

Dank der starken politischen Unterstützung aus den Städten, den Ländern und der intensiven Arbeit der Verbände, wie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und dem Städtetag, ist es gelungen, die ursprünglich sehr radikalen Liberalisierungstendenzen und damit verbundenen erheblichen Gefährdungen für die hoheitliche Entsorgungswirtschaft deutlich abzuwenden. Der Aspekt der flächendeckenden, bürgerorientierten Daseinsvorsorge, die nicht von kurzfristigen Marktpreisschwankungen abhängig ist, hat sich durchgesetzt.

Entscheidend für eine abschließende Bewertung wird aber die endgültige Definition der Zulässigkeit der „Gewerblichen Sammlung" von werthaltigen Abfällen aus privaten Haushalten sein, da hier ein nur schwer kalkulierbares Risiko für die Organisation der kommunalen Abfallwirtschaft liegt. Es wird nach Einschätzung von Experten aber nicht erwartet, dass die endgültige Formulierung hinter das bisher für die Kommunen erreichte Ergebnis zurückfallen wird.

Zusammenfassend sichert das derzeit vorliegende Gesetz die Positionen der öffentlich-rechtlichen Entsorger. D.h. auch in Marburg wäre das bestehende, bewährte System bestätigt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 5 12/2011)
Vorlage: VO/0850/2011

Wer in der Stadt Marburg / im Konzern der Stadt Marburg berät Bürgerinnen und Bürger bzgl. Energieeinsparung und neuer Energieformen und wie stellt sich der Beratungsbedarf in Zahlen ausgedrückt dar?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Energieberatungen fanden und finden in der Stadt Marburg wie folgt statt:

Energieberatung der Verbraucherzentrale
Die Beratungen fand von 2002 bis 6/2011 in Kooperation der Stadt Marburg, der Verbraucherzentrale Hessen und dem Landkreis Marburg Biedenkopf abwechselnd beim Landkreis und bei der Stadt Marburg statt. Für die Beratungstermine bei der Stadt Marburg, die 1 x monatlich angeboten wurden, konnten sich die Beratungssuchenden bis Juni 2011 beim Umwelttelefon anmelden. Die Beratungen selbst führte ein von der Verbraucherzentrale Hessen

beauftragter Berater durch: gegen eine Schutzgebühr in Höhe von 5 Euro konnten sich Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen rund um das Thema Energieeinsparung, Fördermaßnahmen, Umstellung auf regenerative oder andere Energieformen, beraten lassen. Die Beratungen fanden in einem der gut zugänglichen Besprechungsräume bei der Stadt Marburg (in der Regel in Raum 2 des Rathauses) statt. Je Termin nahmen etwa 4-5 Haushalte hiervon Gebrauch.

Energieberatung im Auftrag der Stadt Marburg
Seit 1. Mai führt eine Architektin im Auftrag der Stadt Marburg Energieberatungen durch. Das Angebot richtet sich primär an Besitzer denkmalgeschützter Gebäude.

Um allen Bürgerinnen und Bürgern eine rasche Entscheidungshilfe bei Energiefragen geben zu können, wurde das Angebot ab August 2011 auf wöchentliche Beratungstermine für alle Hausbesitzer ausgedehnt. Die von der Stadt angebotene Energieberatung ergänzte anfangs das Angebot der Energieberatung der Verbraucherzentrale. Für die Gleichbehandlung aller Beratungssuchenden war es notwendig, die seitens der Verbraucherberatung angebotene kostenpflichtige Energieberatung auszusetzen.

Ab Mai 2011 wurden durchschnittlich pro Monat 5 Energieberatungen durchgeführt. Dies entspricht hochgerechnet ca. 60 Beratungen pro Jahr. Der Beratungsbedarf wurde durch das wöchentliche Beratungsangebot gesteigert, kann nach den nun vorliegenden Erfahrungen aber auch in einem 14 täglichen Intervall bearbeitet werden. Ab Januar 2012 sollen die Beratungen deshalb 14-täglich und nach Bedarf stattfinden.

Beratungsthemen waren u. a. Dämm-Maßnahmen an der Gebäudehülle, energetische Sanierungen, gesetzliche Anforderungen und Rahmenbedingungen, Umstellung der Heiztechnik, Einsatz von erneuerbaren Energien und Fördermöglichkeiten.

Die Beratungen finden in den gut zugänglichen Räumlichkeiten der Unteren Denkmalsschutzbehörde, Barfüßerstraße 11, statt. Über das Beratungsangebot informieren ein Flyer sowie die Internetseite www.marburg.de/de/106430 <http://www.marburg.de/de/106430>. Eine telefonische Anmeldung bei der Unteren Denkmalbehörde, Herrn Klöck, ist notwendig.

Energieberatung bei den Stadtwerken Marburg
Ansprechpartner für Energieberatung, erneuerbare Energien und Förderprogramme ist bei den Stadtwerken Marburg - Herr Christof Jacobi, Durchwahl: 06421/205-313.

Die Förderprogramme der Stadtwerke wurden schon mehrfach vom BUND Hessen mit der Note "sehr gut" ausgezeichnet. Viele Kunden nutzen die Fördermöglichkeiten. Im Jahr 2011 wurden die Förderprogramme wie folgt in Anspruch genommen:

Stromförderprogramm 2011 (bis 30.11.2011):
Bei der Umstellung der Kühl- und Gefriergeräte konnten die Stadtwerke Marburg 270 Geräte mit der Energieeffizienzklasse A++ fördern. Auch bei der Umstellung von Umwälzpumpen wurden 65 Hocheffizienzpumpen gefördert.

Der neue Förderpunkt LED-Lampen wurde mit 60 Leuchten in Anspruch genommen.
Des Weiteren haben die Stadtwerke Marburg den Austausch von 40 Wärmepumpentrockner unterstützt.

25 mal wurde der Bau von Solarthermischen Anlagen durch die Stadtwerke

Marburg gefördert.

Auch bei der Umstellung auf eine Waschmaschine mit Warmwasseranschluss haben die Stadtwerke Marburg 12-mal den Zuschuss gewährt. Der Förderpunkt Thermografie wurde bei 10 Häusern und der Förderpunkt Blower-Door-Messung bei 5 Häusern genutzt. 80 Kunden der Stadtwerke Marburg nutzten den kostenlosen Verleih von Stromverbrauchsmessgeräten.

Erdgas-KFZ-Förderprogramm 2011:
Auch in 2011 konnten die Stadtwerke Marburg wieder 9 Erdgaskraftfahrzeuge fördern.

Förderprogramm Wechsel zu Erdgas und Solarthermie 2011:
Bereits 31 Förderungen (Brennwerttechnik) erfolgten für den Wechsel des Energieträgers auf Erdgas.

Förderprogramm Elektromobilität 2011:
Das Interesse auf energiesparsame Fahrzeuge ist geweckt. Bereits 3 Fahrzeuge sind vorab beantragt und werden unsere Förderung erhalten.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 12/2011) Vorlage: VO/0851/2011

Der Lärmaktionsplan/Teilplan Schiene lag bis zum 4. November im Bauamt zur Einsichtnahme aus. Kann der Magistrat mitteilen, wieviele Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern sich daraus ergeben haben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nach Auskunft des Bauamts haben die vier Wochen Auslagezeit 2 Personen genutzt, in den Entwurf des LAP/Teilplan Schiene Einsicht zu nehmen.

Ob daraus Einwendungen abgeleitet wurden, ist nicht bekannt.

Dies liegt sicher daran, dass das Regierungspräsidium Gießen die Auslage vor allem über die Internetseiten des RP betrieben hat und hier auf kürzestem Wege direkt Einwendungen erstellt werden konnten.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 7 12/2011) Vorlage: VO/0852/2011

Wie viele Wohneinheiten im Wohnungsbestand der GeWoBau sind derzeit barrierefrei gestaltet und welche weiteren Maßnahmen in diesem Sinne sind für 2012 geplant?
Gibt es für Mieter(innen) bei akut auftretendem neuen Bedarf (z.B. durch Pflegebedürftigkeit) die Möglichkeit, dass ihre jeweiligen Wohnungen bzw. Hauseingänge prioritär bedarfsgerecht angepasst werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zu Teil 1 der Frage:

Wie viele Wohneinheiten im Wohnungsbestand der GeWoBau sind derzeit barrierefrei gestaltet und welche weiteren Maßnahmen in diesem Sinne sind für 2012 geplant?

Die GeWoBau vermietet 48 barrierefreie Wohnungen. 14 Wohnungen am Friedensplatz (Weidenhausen), 4 Wohnungen in der Uferstraße und 12 Wohnungen in der Friedrich-Ebert-Straße. Die 18 Service-Wohnungen Auf der Weide sind für Personen ab dem 60. Lebensjahr zweckgebunden.
In 2012 werden 2 weitere barrierefreie Wohnungen in der Simmestraße (Cappel) errichtet. Für einen individuellen barrierearmen Umbau, also einem Umbau, der sich an die DIN 18030 „Barrierefreies Bauen" anlehnt, stehen bei Neubelegung insgesamt 101 Bestandswohnungen in der Innenstadt (Auf der Weide, Am Erlengraben, Erlenring, Johannes-Müller-Straße) sowie In der Gemoll (16 Wohnungen) und am oberen Richtsberg (8 Wohnungen) zur Verfügung.
Darüber hinaus verwaltet die GeWoBau 77 Wohnungen für Personen ab dem 60. Lebensjahr in der Sudetenstraße 20, 26 und 26a. Die Gebäude sind mit Fahrstühlen ausgerüstet und eignen sich ebenfalls für den barrierefreien Umbau.
Der individuelle Umbau erfolgt aber nur dann, wenn für diese jeweilige Wohnung zum Zeitpunkt der Neubelegung ein konkretes Interesse besteht. Die Interessentenliste wird geführt vom Sozialen Dienst der GeWoBau.
In 2012 kommen weitere 34 barrierearme Wohnungen in der Uferstraße 20 hinzu.

Zu Teil 2 der Frage:

Gibt's es für Mieter(innen) bei akut auftretendem neuem Bedarf (z.B. durch Pflegebedürftigkeit) die Möglichkeit, dass ihre jeweiligen Wohnungen bzw. Hauseingänge prioritär bedarfsgerecht angepasst werden?

Grundsätzlich ist das Ziel, eine selbstständige Lebensführung solange wie möglich zu gewährleisten.
Dabei geht es zunächst darum, die Mieterinnen und Mieter immer wieder in persönlichen Gesprächen darauf aufmerksam zu machen, welche Möglichkeiten der Anpassung von Wohnung, Treppenhaus oder Hauszugang es gibt. Hierfür stellt die GeWoBau eine persönliche Ansprechpartnerin zur Verfügung, die auf die Mieterinnen und Mieter zugeht, bei Bedarf auch Hausbesuche macht und Außensprechstunden anbietet, aber auch bei der Beantragung von Kostenübernahmen aus der Pflegekasse Unterstützung leistet. Dieses Angebot wird rege wahrgenommen.
Im Alltag führt die GeWoBau überwiegend kleinere Anpassungsmaßnahmen durch. In den wenigsten Fällen sind größere Umbauten erforderlich oder gewünscht.
Insgesamt 112 Anpassungen wurden bis zum 31.12.2010 über den Sozialen Dienst der GeWoBau betreut und veranlasst, darunter 24 im Wohnumfeld und 88 innerhalb von Wohnungen. Im Schwerpunkt wurden 60 Duschen und Duschbadewannen eingebaut, 7 Rampen errichtet und 2 Treppenlifter eingebaut.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 8 12/2011)
Vorlage: VO/0853/2011

Bereits vor Monaten wurde in einer kleinen Anfrage darauf hingewiesen, dass auf dem Fahrradparkplatz am Bahnhof eine erhebliche Anzahl fahruntüchtiger und verdreckter Fahrräder steht. Kann der Magistrat

Auskunft geben, warum diese Fahrräder immer noch nicht entfernt wurden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Fahrradstellplätze werden regelmäßig kontrolliert. In den vergangenen Monaten wurden mehrere Schrottfahrräder von dem Fahrradstellplatz am Bahnhof entsorgt. Im August wurden z. B. acht Fahrräder entsorgt und mehrere andere Fahrräder von ihren Eigentümern entfernt.
Zurzeit befinden sich vier Schrottfahrräder dort, die erst dann entsorgt werden können, wenn die Polizei die Freigabe erteilt hat.
Noch einmal wird darauf hingewiesen, dass zunächst bei der Polizei geklärt wird, ob es sich um gestohlene Fahrräder handelt, und es wird geprüft, ob die Fahrräder noch genutzt werden. Es ist immer wieder festzustellen, dass Fahrräder, die zwar wie Schrottfahrräder aussehen, dennoch fahrtüchtig sind.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Köster (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Ab 18:11 Uhr hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 9 12/2011)
Vorlage: VO/0854/2011

Das Plangebiet im Bahnhofsbereich beinhaltet Einwirkungen auf Wohlbefinden bzw. die Gesundheit empfindlicher Personen
a) durch Bahnlärm
b) durch elektromagnetische Wellen und
c) durch HF-Funkbelastungen.

Wird dies bei den baulichen Maßnahmen berücksichtigt und wenn ja, wie.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 6/12 für das Bahngelände enthält in den textlichen Festsetzungen Hinweise auf die Lärmbelastungen, die elektromagnetischen Felder und die HF-Funkbelastungen.
Das Thema Lärm wird in einem schalltechnischen Gutachten abgearbeitet, in dem verschiedene Maßnahmen für Baumaßnahmen innerhalb des Plangebiets zur Herstellung der gesunden Wohnverhältnisse festgeschrieben werden.
Auf das zu beachtende Thema elektromagnetischer Felder aus Bahnstrom und HF-Funkbelastung wird im Bebauungsplan gemäß den Vorgaben des Eisenbahnbundesamts und der Bahn-AG hingewiesen. Die Prüfung der Notwendigkeit und die Umsetzung von Maßnahmen sind damit in die Verantwortung jedes Bauherrn übertragen.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 10 12/2011)
Vorlage: VO/0855/2011

Ist dem Magistrat, im Hinblick auf die chaotischen Verhältnisse zum letzten Jahreswechsel, bekannt, ob es aktuell Probleme bzw. Beschwerden zur Ausgabe und Einsammlung der Gelben Säcke durch die Firma SITA gibt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ein Systemwechsel bedeutet oftmals Anpassungsprobleme - so auch zum Jahreswechsel 2011. Die damalige Umstellung der Einsammlung der Leichtverpackungen auf das Abholunternehmen SITA hatte Marburg und andere Kommunen vor große Herausforderungen gestellt. Die Anfangsprobleme konnten in vielen Gesprächen angegangen und inzwischen konstruktiv gelöst werden.

Leichtverpackungen werden in Marburg wie folgt eingesammelt:

- Gelbe Säcke (Regelsystem) oder
- Gelbe Container (1,1 m³) bei mehrgeschossigen Wohnanlagen
- Gelbe Tonnen (Ausnahme vom Regelsystem - in Gebieten mit starken Tierproblemen, wie Marder, Ratten, Krähen, …)

Verteilung der Gelben Säcke
Die Verteilung der Gelben Säcke erfolgt 1 x jährlich. Es werden nur die Haushalte beliefert, die keine Gelben Tonnen oder Gelben Container haben - denn dort erfolgt die Erfassung der Verpackungen lose in den Sammelgefäßen.

Die Grundverteilung für 2012 ist nach Auskunft von SITA inzwischen abgeschlossen - jeder Haushalt hat 3 Rollen a´ 10 Säcke zur Verfügung gestellt bekommen.

Nachlieferungen
In den Verhandlungen mit SITA wurde vereinbart, dass weitere Gelbe Säcke an den bekannten Ausgabestellen - DBM, Stadtbüro, Servicezentrale der Stadtwerke am Rudolphsplatz, Umweltladen, Ortsvorsteher - für die Bürgerinnen und Bürger bereit liegen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Musket (SPD) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 11 12/2011) Vorlage: VO/0857/2011

Kann der Magistrat über den Sachstand bezüglich der Zukunft des Gebäudes der „Barmherzigen Schwestern" in der Ritterstraße berichten: Sind spruchreife Nachfolge-Eigentümer in Sicht und wenn ja, welche künftigen Nutzungen sind angedacht und welche denkmalgerechten und energetischen Sanierungsmaßnahmen sind für die nachhaltige Sicherung des Gebäudes notwendig?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das noch als Altenheim St. Luise genutzte Gebäude Ritterstraße 1 (Kulturdenkmal) ist im Besitz des Hauses der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Fulda. Es verfügt über 38 Bewohnerplätze, die über vier Etagen (Wohnbereiche) in 26 Einzel- und 6 Doppelzimmern verteilt sind.
Es ist geplant, dass die Bewohnerschaft nach Fertigstellung des sanierten und

erweiterten Alten- und Pflegeheims St. Elisabeth in der Lahnstraße 8 dort ein neues Zuhause findet.

Die Denkmalpflege legt großen Wert auf den Erhalt der zur Landgraf-Philipp-Straße orientierten Kapelle, für die eine sinnvolle Nachnutzung gefunden werden muss.
Das Mutterhaus Fulda hat in früheren Gesprächen gegenüber Vertretern des Magistrats zugesichert, möglichen Käufern eine zur Typologie der Oberstadt passende Nachnutzung, z. B. Wohnen, abzufordern.

Derzeit findet ein Veräußerungsverfahren des Eigentümers statt, allerdings ist eine Übersicht der interessierten Bewerber nicht bekannt.
Der Magistrat erhielt erst vor wenigen Tagen Informationen zu einem konkreten Erwerbsinteressenten, der das bisher höchste Kaufpreisangebot abgegeben haben soll. Es handelt sich um einen Inhaber des Dienstleistungsunternehmens Gies aus Stadtallendorf.
In einem ersten Gespräch mit Vertretern des Bauamts ist die Nutzung für studentisches Wohnen, die Stellplatzsituation bzw. deren Nachweis und die Nachnutzung der Kapelle und des Außengeländes thematisiert worden. Eine Bauvoranfrage soll die zu klärenden Aspekte detaillierter aufzeigen, um Eckpunkte der zu entscheidenden Fachbehörden und Gremien zu definieren.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Meyer (SPD) und Köster (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 12 12/2011)
Vorlage: VO/0858/2011

Das Nebengebäude des Bootsverleihs am Trojedamm ist vor einiger Zeit einem Brand zum Opfer gefallen. Jetzt steht das Häuschen - nur notdürftig gesichert - leer.
Wie ist dies baurechtlich und unter Gesichtspunkten der Verkehrssicherungspflicht zu beurteilen und wie sieht die Zukunft des Gebäudes aus?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nach erfolgter Ortsbesichtigung durch den FD Bauaufsicht ist festzustellen, dass das Gebäude ausreichend gegen Betreten von Unbefugten gesichert ist. Das Bootshaus befindet sich nach Angaben des Fachdienstes Grundstücksverkehr im wirtschaftlichen Eigentum von Frau Tadeja Jeric-Gischler. Inwieweit ein Wiederaufbau vorgesehen ist, ist derzeit nicht bekannt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Musket (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 13 12/2011)
Vorlage: VO/0859/2011

Bei der erstmaligen Anmeldung des Erstwohnsitzes durch Studierende wird diesen von der Stadt Marburg ein Gutscheinheft ausgehändigt. Neben

städtischen Einrichtungen, wie dem Aquamar und kommerziellen Unternehmen, wie dem Cineplex-Kino, wirbt auch der Christus-Treff mit einem Gutschein. Nach welchen Kriterien werden die Anbieter in diesem Heft ausgewählt und hält es der Magistrat für angemessen, dass eine religiöse und umstrittene Einrichtung dort für sich werben kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Anfrage lässt vermuten, dass hier 2 verschiedene Dinge vermischt werden, nämlich

1. die Aktion der Stadt Marburg „@ - home", die tatsächlich nur Studierende mit Erstwohnsitz anspricht und in deren Zusammenhang Gutscheine für das Aquamar und das Cineplex ausgegeben werden und

2. das Gutscheinheft „Newcomers Guide", das alle Neubürger erhalten, die älter als 14 Jahre sind. In diesem Heft ist auch ein Gutschein für den Christus-Treff-Buchladen.

Grundlage für die Herausgabe des Newcomers Guide ist ein Kooperationsvertrag der Stadt mit einem privaten Herausgeber, der auch für die Akquise verantwortlich ist.
Ziel ist es, Betriebe aus den Handels- und Dienstleistungsbranchen als Werbepartner zu gewinnen und Neubürgern ein Willkommensgeschenk zu machen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen kleinen Anfragen Nr. 14 bis Nr. 25 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen der Niederschrift als **Anlage** bei.

Ab 18:26 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 5 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2011 bis 2015, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2012 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/0843/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt 2012 ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Beschlussfassung.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt sind für die Haushaltsberatung besondere Redezeiten im Ältestenrat vereinbart worden.

SPD-Fraktion:	**48 Minuten**
CDU-Fraktion:	**36 Minuten**
Bündnis 90/Die Grünen:	**35 Minuten**
Marburger Linke:	**21 Minuten**

FDP-Fraktion:	**18 Minuten**
MBL-Fraktion:	**18 Minuten**
BfM:	**17 Minuten**
Piraten Partei:	**17 Minuten**

Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Rink (SPD), Pfalz (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Severin (SPD), Jannasch (CDU), Volz (Bündnis 90/Die Grünen), Adsan (Marburger Linke), Becker (MBL), Dinnebier (SPD), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Schaffner (CDU), Stötzel (CDU), Daser (SPD), Rink (SPD), Backes (SPD), Pfalz (CDU), Oberbürgermeister Vaupel, Pfalz (CDU), Becker (MBL), Heck (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel.

Der Stadtverordnete Becker (MBL) hat im Rahmen seines Wortbeitrages beantragt, eine **Abschrift der Tonaufzeichnung** des Debattenbeitrages von Oberbürgermeister Vaupel zu erhalten.

Folgende **Tischvorlagen** liegen allen Stadtverordneten vor:

1. **Liste I a - Anträge die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden (Ergebnishaushalt 2012 einschl. der Budgetierungsregeln)**

2. **Liste I b - Anträge die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden (Finanzhaushalt 2012 inkl. Finanzierungstätigkeit)**

3. **Liste II a - Anträge die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden (Ergebnishaushalt 2012)**

4. **Liste II b - Anträge die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden (Finanzhaushalt 2012)**

5. **Investitionsprogramm 2011-2015**

6. **Gesamtvorlage zum Haushalt VO/0843/2011**

7. **Liste der im Haupt- und Finanzausschuss beantragten Einzelabstimmungen zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt sowie zur Haushaltssatzung**

8. **Liste der heute von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragten Einzelabstimmungen über Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft nach Abschluss der Haushaltsdebatte die verschiedenen Listen zur Abstimmung auf.

Liste der im Haupt- und Finanzausschuss am 13.12.2011 beantragten Einzelabstimmungen:

zum Ergebnishaushalt:

1.)
Produkt: 009010 / Konto: 6179390

Sonstige Sachausgaben Ortsbeiräte
- 50.000 € Ortsbeiräte

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

2.)
Produkt: 009010 / Konto: 6179391
Sonstige Sachausgaben Stadtteilgemeinden
- 31.000 € Stadtteilgemeinden

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

3.)
Produkt: 242010 / Konto: 6102000
Dienstleistungen DBM
+ 26.000 € bessere Pflege der Sportplätze

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltungen der Piraten Partei und einer Enthaltung aus der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

4.)
Produkt: 332110 / Konto: 6139000
Sonstige weitere Fremdleistungen
+ 80.000 € Sicherheitsdienste

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und MBL und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Enthaltungen von FDP und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

5.)
Produkt: 332140 / Konto: 6102000
Dienstleistungen DBM
+ 154.000 € Straßenreinigung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

6.)
Produkt: 515810
Produktbeschreibung
ergänzen um Früh- und Spätmodule

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, einer Stimme der MBL und der Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Enthaltungen von FDP und einer Stimme der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

7.)
Produkt: 110800 / Konto: 5612000
Ausschüttung der Stadtwerke
- 1.127.300 € Gewinne thesaurieren für Energiewende

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken und Piraten Partei, einer Enthaltung aus der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

8.)
Produkt: 120020 / Konto: 5553000
Gewerbesteuer (dementspr. auch GewSt-Uml.)
20.015.000 € Hebeansatz 420 %

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

9.)
Produkt: 009010 / Konto: 6201000 u.
Stelle Ausländerbeirat
+ 35.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken und der Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie Enthaltungen von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

10.)
Produkt: 110700 / Konto: versch.
ÖPNV
+ 1.000.000 € Schnellbuslinien

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken und Piraten Partei, einer Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

11.)
Produkt: 241010 / Konto 7128122
Zuschüsse ...
+ 10.000 € Forschungsprojekt Marburger Jäger

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und

Enthaltung der Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird angenommen.

12.)
Produkt: 110310 / Konto: 7128200
Zuschüsse für Sozial- und Jugendwesen
+ 300 € Ring politischer Jugend

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird angenommen.

zum Finanzhaushalt:

1.)
Produkt: 666010 / Invest.-Nr.: I661.017.9
Straßenbau kleinere Maßnahmen
- 70.000 € verschieben Endausbau An den Gärten, Ginseldorf

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL und FDP mit den übrigen Stimmend es Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

2.)
Produkt: 467020 / Invest.-Nr.: I672.001.9
Ausstattungen und Geräte
- 31.500 € kein E-Auto

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

3.)
Produkt: 469010 / Invest.-Nr.: neu
Zuschuss energetische Sanierung
+ 150.000 € Bettenhaus

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

4.)
Produkt: 240070 / Invest.-Nr.: I650.014.9
Planungskosten Sporthalle Leopold-Lucas-Str.
+ 250.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL und FDP, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

5.)

Produkt: 240100 / Invest.-Nr.: I650.018.9
Halle Richtsbergschule
- 1.500.000 € - 3.200.000 € VE
Realisierung erst nach Neubau einer Sporthalle

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

6.)
Produkt: 241010 / Invest.-Nr.: I411.002.0
Alarmanlage Haus der Romanik
+ 12.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

7.)
Produkt: 660010 / Invest.-Nr.: I650.003.1
Alte Schule Ockershausen
+ 150.000 € + 250.000 € VE
Umbau 2012 beginnen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und Marburger Linken, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

8.)
Produkt: 120000 / Invest.-Nr.: I200.002.0
Sozialer Wohnungsbau
+ 1.500.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der Piraten Partei, einer Enthaltung aus der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgende Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

9.)
Produkt: 660010 / Invest.-Nr.: neu
Bau 4-Felder-Halle
+ 4.500.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

10.)
Produkt: 241030 / Invest.-Nr. I650.021.9

Umgestaltung Stadthalle
- 1.000.000 € 500.000 € für Neuplanung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, Piraten Partei und FDP und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag der MBL-Fraktion wird abgelehnt.

zur Haushaltssatzung:

11.)
§ 9 der Haushaltssatzung (Besondere Bestimmungen zum Stellenplan) wird gestrichen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag der Marburger Linken wird abgelehnt.

12.)
In § 9 der Haushaltssatzung (Besondere Bestimmungen zum Stellenplan) werden die Worte "bzw. frei werdenden" gestrichen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Nunmehr ruft der Stadtverordnetenvorsteher die von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragten Einzelabstimmungen über Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt auf.

Liste der heute von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragten Einzelabstimmungen über Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt

Ergebnishaushalt:

1.)
S. 491, Prod. 274010, Kto. 7128350:
Streichung Zuschuss Betrieb Eispalast

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltungen der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

2.)
S. 605, Prod. 515010, Kto. 7128220:
Streichung Netzwerk Richtsberg, Kultur und Kulturen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL und FDP sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

3.)
S. 618, Prod. 515610, Kto. 7128201:
Streichung Zuschuss Eispalast

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Finanzhaushalt:

1.)
S. 829, Prod. 242010, Inv.-Nr. I420.001.9:
Streichung Zuschuss Kletterhalle

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

2.)
S. 832, Prod. 242010, Inv.-Nr. I650.013.0:
Verschiebung Erneuerungsmaßnahmen Gaßmann-Stadion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei sowie Enthaltung der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

3.)
S.846, Prod. 240060, Inv.-Nr. I650.010.9:
Verschiebung Erneuerungsmaßnahmen Theodor-Heuss-Schule

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und einer Stimme der MBL sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei und bei Enthaltung der FDP und einer Enthaltung aus der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

4.)
S. 846, Prod. 240070, Inv.-Nr. I650.011.9:
Verschiebung Erneuerungsmaßnahmen Elisabethschule

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei und Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

5.)

S. 846, Prod. 240070, Inv.-Nr. I650.013.9:
Verschiebung Erneuerungsmaßnahmen Martin-Luther-Schule

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und einer Ja-Stimme der MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Piraten Partei sowie Enthaltung der FDP und einer Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

6.)
S. 929, Prod. 660010, Inv.-Nr. I650.015.0:
Verschiebung Sanierung Bürgerhaus Marbach

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und der Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und einer Stimme der FDP sowie bei einer Enthaltung der FDP und Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

7.)
S.943, Prod. 161020, Inv.-Nr. I612.004.9:
Streichung Sanierungsmittel Kletterhalle

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU und einer Ja-Stimme der MBL sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten Partei und Marburger Linken sowie bei Enthaltung der FDP und einer Enthaltung aus der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft nunmehr die Liste II a auf.

Zusammenstellung der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge zum Ergebnishaushalt 2012

Anmerkung: Über die Anträge dieser Liste wird abgestimmt soweit sie nicht schon im Rahmen der Einzelabstimmungen entschieden wurden.

CDU-Anträge:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP, MBL und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Die Anträge der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

Anträge der Marburger Linken:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken, Enthaltung der Piraten Partei und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Anträge der Marburger Linken werden abgelehnt.

FDP-Anträge:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der FDP und Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Enthaltung der CDU- und MBL-Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Anträge der FDP-Fraktion werden abgelehnt.

Anträge der MBL:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL-Fraktion und der Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und CDU sowie bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Die Anträge der MBL-Fraktion werden abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft nunmehr die Liste II b auf.

Zusammenstellung der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge zum Finanzhaushalt 2012

Anmerkung: Über die Anträge dieser Liste wird abgestimmt soweit sie nicht schon im Rahmen der Einzelabstimmungen entschieden wurden.

CDU-Anträge:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und MBL sowie Enthaltung von der Piraten Partei und der FDP folgenden Beschluss:

Die Anträge der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

Anträge der Marburger Linken:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBL sowie Enthaltung der Piraten Partei und der FDP folgenden Beschluss:

Die Anträge der Marburger Linken werden abgelehnt.

Anträge der MBL:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL und der Piraten Partei, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei Enthaltung der CDU und der FDP folgenden Beschluss:

Die Anträge der MBL-Fraktion werden abgelehnt.

FDP-Anträge:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der FDP, MBL, Piraten Partei und CDU, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Die Anträge der FDP-Fraktion werden abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die Liste I a zur Abstimmung auf.

Anträge die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden (Ergebnishaushalt 2012 einschl. der Budgetierungsregeln)

Anmerkung: Über die Anträge dieser Liste wird abgestimmt soweit sie nicht schon im Rahmen der Einzelabstimmungen entschieden wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP und MBL sowie bei Enthaltung der Piraten Partei folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen Anträge werden angenommen.

Liste I b - Aufstellung der vom Haupt- und Finanzausschuss zu Annahme empfohlenen Anträge des Finanzhaushalts 2012 inkl. Finanzierungstätigkeiten

Anmerkung: Über die Anträge dieser Liste wird abgestimmt soweit sie nicht schon im Rahmen der Einzelabstimmungen entschieden wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen Anträge werden angenommen.

Abstimmung über das Investitionsprogramm 2011-2015

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2011-2015 wird beschlossen.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Gesamtvorlage zum Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2011-2015, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2012 abstimmen.

Zu I.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

I. Gemäß § 114h Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2011 bis 2015 mit einem Volumen von 176.623.000 € beschlossen;

Zu II.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung von MBL und Piraten Partei folgenden Beschluss:

II. Der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 107,716 Beamten- und 725,245 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt;

Zu III.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Enthaltung der Piraten Partei folgenden Beschluss:

III. Aufgrund der §§ 114a ff. HGO wird die beigefügte Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg beschlossen.

Haushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr
2 0 1 2

Aufgrund der §§ 114a ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. 2010 I S. 119), hat die Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2011 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	183.798.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	183.465.000 €
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	3.384.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	59.000 €
mit einem Überschuss von	3.658.000 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.299.199 €

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	14.976.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	38.860.000 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	23.884.000 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.153.000 €
mit einem Finanzüberschuss des Haushaltsjahres von	146.199 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 23.884.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	
Abteilung B	4.665.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

Diese Investitionskredite verteilen sich wie folgt:

2012	1.000.000 €
2013	1.000.000 €
2014	1.000.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2012 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 18.965.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	a)	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	280 v. H.

	b)	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	330 v. H.
2.	Gewerbesteuer auf		370 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 114g Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Ergebnishaushalt/ Finanzhaushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investition	10 %	10.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 114g Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperren

1. Die Haushaltsmittel des Finanzhaushaltes für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

   Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

   Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

   Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

2. Im Produkt 469010 „Umwelt und Altlasten" ist im Finanzhaushalt der Ansatz bei der Investitionsnummer I673.003.2 „Zuschuss energetische Sanierung" für das Bettenhaus bei Auszahlungen über 50.000 € gesperrt.

   Die Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Gesamtkonzepts.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt. Hiervon ausgenommen sind die Stellen in der Betreuung in den Bereichen „Kindergarten" und „Schulen".

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

Marburg, 16.12.2011

Der Magistrat

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

---

zu 6 Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf hier: Wahl von zwei Mitgliedern Vorlage: VO/0205/2011

Die Angelegenheit ist inzwischen erledigt. Die Vorlage wird nicht aufgerufen.

---

zu 7 Forensikbeirat, Nachwahl von Mitgliedern Vorlage: VO/0757/2011

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat den Tagesordnungspunkt zur Ergänzung des Forensikbeirates in seiner heutigen Sitzung beraten.

Folgende Wahlvorschläge / Bewerber/innen haben dem Wahlvorbereitungsausschuss vorgelegen:

1. <u>ein Fraktionsmitglied der CDU-Fraktion</u>

August Scherer

2. <u>ein/e Vertreter/in der katholischen Kirche</u>

Mitglied: Stefan Bug, Tulpenstraße 7, 35096 Weimar
Stellv.: Jutta Jahn, Im Boden 12, 35041 Marburg

3. <u>ein/e Vertreter/in der evangelischen Kirche</u>

Mitglied: Almuth Böhler, Jenaer Weg 5, 35039 Marburg, (für Rolf Plauth, aus dem Kirchendienst ausgeschieden!)

Stellv.: kein Vorschlag

4. <u>ein/e Vertreter/in der Presse als Mitglied</u>

kein Vorschlag

5. <u>ein/e Vertreter/in der Presse als stellv. Mitglied</u>

kein Vorschlag

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Bewerber/Bewerberinnen als gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen zu entsenden bzw. zu wählen. Geheime Abstimmung wurde im Ausschuss nicht verlangt. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt einstimmig wie vorgeschlagen zu verfahren.

Weitere Wahlvorschläge werden aus der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgetragen. Geheime Abstimmung wird nicht verlangt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden gewählt:

1. <u>ein Fraktionsmitglied der CDU-Fraktion</u>

August Scherer

2. <u>ein/e Vertreter/in der katholischen Kirche</u>

Mitglied: Stefan Bug, Tulpenstraße 7, 35096 Weimar
Stellv.: Jutta Jahn, Im Boden 12, 35041 Marburg

3. <u>ein/e Vertreter/in der evangelischen Kirche</u>

Mitglied: Almuth Böhler, Jenaer Weg 5, 35039 Marburg, (für Rolf Plauth, aus dem Kirchendienst ausgeschieden!)

Stellv.: kein Vorschlag

4. Da kein Bewerber/innen-Vorschlag vorhanden ist, bleib diese Position unbesetzt.

5. Da kein Bewerber/innen-Vorschlag vorhanden ist, bleib diese Position unbesetzt.

zu 8 Satzung der Universitätsstadt Marburg für den „Beirat für Stadtgestaltung“
Vorlage: VO/0814/2011

Der Magistrat stellt die Vorlage zurück bis zur Januarsitzung.

---

zu 9 Einführung der gesplitteten Abwassergebühr Vorlage: VO/0773/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Die Bemessung der Niederschlagswassergebühr erfolgt auf Grundlage der bebauten, überbauten und sonstigen versiegelten und an die Kanalisation angeschlossenen Flächen. Hierbei sollen folgende vier Versiegelungsfaktoren zur Anwendung kommen:

- Vollversiegelte befestigte Flächen	**Faktor 1,0**
- Teilversiegelte befestigte Flächen	**Faktor 0,5**
- Sonstige versiegelte Flächen	**Faktor 0,3**
- Unversiegelte Flächen	**Faktor 0,0**

2. Befestigte Flächen, die an Niederschlagswasser-Rückhalteeinrichtungen mit einem Fassungsvolumen von mindestens 2 m³ angeschlossen sind und <u>nicht</u> mit einem Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind, gelten als nicht angeschlossene Flächen und werden nicht zu Kanalbenutzungsgebühren veranlagt (Faktor 0,0).

3. Befestigte Flächen, die an Niederschlagswasser-Rückhalteeinrichtungen mit einem Fassungsvolumen von mindestens 2 m³ angeschlossen sind und mit einem Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind, werden mit 50 % ihres Flächenwertes zu Kanalbenutzungsgebühren veranlagt (Faktor 0,5).

---

zu 10 Sanierung und Erweiterung Sporthalle Richtsberg Gesamtschule Beschlüsse gem. AGA Anlage 21, Ziff. 2, Hochbaumaßnahmen Vorlage: VO/0509/2011

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Nezi (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Bau- und

Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.
Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und Piraten Partei und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Für die Sanierung und Erweiterung der Sporthalle der Richtsberg Gesamtschule wird die Entwurfs- und Ausführungsplanung genehmigt.

---

zu 11 Bauleitplanung der Stadt Marburg Bebauungsplan Nr. 11/7, Synthetische Mikrobiologie - Offenlagebeschluss Vorlage: VO/0751/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Nezi (Bündnis 90/Die Grünen). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 11/7, Synthetische Mikrobiologie, wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB) zugestimmt.

---

zu 12 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Änderung des Geltungsbereiches der Flächenutzungsplanänderung Öffentliche Auslegung des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg“ Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg“ Öffentliche Auslegung des Entwurfes für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg“ Vorlage: VO/0741/2011

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass der Stadtverordnete Simon (SPD) wegen möglicher Interessenskollision gem. § 25 HGO den Sitzungssaal verlassen hat.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt in getrennter Abstimmung zu den Ziffern 1 bis 4 der Vorlage jeweils die Zustimmung.

Die Magistratsvorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg“, wird um einen 2. Geltungsbereich, Flur 23, Teilfläche aus den Flurstücken 8/3 und 8/4 ergänzt.**
2. **Die öffentliche Auslegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 3/5 „Elisabethenhof Marburg“ wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.**
3. **Für die im Übersichtsplan dargestellten Geltungsbereiche wird die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg“ gemäß § 2 BauGB beschlossen.**
4. **Die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3/8 „Elisabethenhof Marburg“ wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.**

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

---

zu 13.1 Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betr. Richtsberg-Sporthalle Vorlage: VO/0845/2011

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert die baurelevanten Gutachten, insbesondere das Brandschutz-Gutachten, welche die sofortige Renovierung der Richtsberg-Sporthalle erfordern, den Stadtverordneten unverzüglich zugängig zu machen.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Ringschleifenanlage für Hörgeschädigte und Gehörlose Vorlage: VO/0598/2011

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).
Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nach Anhörung des Behindertenbeirats die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, bei der Sanierung des Hauptbahnhofsgebäudes und des Vorplatzes sowie an weiteren öffentlichen Plätzen/Gebäuden an denen dies notwendig ist (besonders dort wo Durchsagen mit Lautsprechern erfolgen werden), dafür

zu sorgen, dass für Hörbehinderte und Gehörlose eine Ringschleifenanlage installiert wird.

---

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlohn bei der Stadt und den städtischen Tochtergesellschaften Vorlage: VO/0630/2011

Der Antrag wurde von der Fraktion Marburger Linke zurückgestellt bis zur Januarsitzung um sodann die Aussprache durchführen zu können.

---

zu 14.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewinnausschüttung der Stadtwerke Vorlage: VO/0693/2011

Der Antrag wurde von der MBL-Fraktion vertagt bis zur Januarsitzung, um die Aussprache durchführen zu können.

---

zu 14.4 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD betr. Berichtsantrag über die Arbeit des Markt- und Aktionskreises Marburg - MAK Vorlage: VO/0752/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnentenversammlung über die Arbeit des MAK zu berichten - insbesondere über die großen Veranstaltungen (Marburg b(u)y Night usw.) und weitere Marketingaktivitäten wie den Marburg-Gutschein und welche Rolle der MAK im derzeitigen Stadtmarketing-Prozess spielen soll.
Des Weiteren möge der Magistrat berichten, welche (Handlungs-) Konsequenzen er aus der Einzelhandelsstudie zieht bzw. zu ziehen beabsichtigt.

zu 14.5 Antrag der Bürger für Marburg betr. Ausbau der Treppen der Augustinergasse mit Rampen für Kinderwagen, Fahrradfahrer und Gehbehinderte mit Rollatoren Vorlage: VO/0761/2011

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Nezi (Bündnis 90/Die Grünen). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem wie folgt geänderten Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, nach alternativen Aufstiegsmöglichkeiten in die Oberstadt im Bereich der Augustinergasse zu suchen und darüber zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, nach alternativen Aufstiegsmöglichkeiten in die Oberstadt im Bereich der Augustinergasse zu suchen und darüber zu berichten.

---

zu 14.6 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD betr. Retourstationen
Vorlage: VO/0774/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss ist die Fraktion Marburger Linke dem Antrag beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zeitnah über die Möglichkeiten für umwelt- und verbraucherfreundliche Rücknahmesysteme (wie z.B. Wertstoffstationen) für den täglichen elektronischen Müll (Energiesparlampen, Handys, Druckertintenpatronen, Batterien, Akkus) zu berichten. Insbesondere soll hierbei auf die Möglichkeit Rücknahmebehälter in der Kernstadt aufzustellen, eingegangen werden.

---

zu 14.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verlängerung der Öffnungszeiten im Hallenbad Wehrda
Vorlage: VO/0776/2011

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Sie wurde einvernehmlich zurückgestellt bis zur Märzsitzung 2012, da sie zuvor in der **Bäderkommission** des Magistrats beraten werden soll.

---

zu 14.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schneeräumung für Fußgänger , Busse und Fahrradfahrer
Vorlage: VO/0777/2011

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, welche Möglichkeiten der Magistrat und der DBM sehen, dass bei künftigen starken Schneefällen:

- die Fußgängerzonen - und Einkaufsbereich der Oberstadt sofort geräumt und die Schneemassen weggefahren werden

- die Zugänge zu den Stadtbussen und die Busbuchten gleichrangig mit zentralen Straßen vom Schnee geräumt werden
- auch die Fahrradwege, insbes. im Innenstadtbereich zuverlässig geräumt werden
- ausreichend Personal bereitgehalten wird.

Zusätzlich sollen die Prioritäten der Räumung von Straßen-, Rad- und Gehwegen sowie der Fußgängerzonen aufgezeigt werden.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, welche Möglichkeiten der Magistrat und der DBM sehen, dass bei künftigen starken Schneefällen:

- die Fußgängerzonen - und Einkaufsbereich der Oberstadt sofort geräumt und die Schneemassen weggefahren werden

- die Zugänge zu den Stadtbussen und die Busbuchten gleichrangig mit zentralen Straßen vom Schnee geräumt werden
- auch die Fahrradwege, insbes. im Innenstadtbereich zuverlässig geräumt werden
- ausreichend Personal bereitgehalten wird.

Zusätzlich sollen die Prioritäten der Räumung von Straßen-, Rad- und Gehwegen sowie der Fußgängerzonen aufgezeigt werden.

---

zu 14.9 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Weitergabe der Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung
Vorlage: VO/0809/2011

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat in seinen Bemühungen, für die Schülerinnen und Schüler der Marburger Schulen Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung zu erhalten und fordert den Landkreis nachdrücklich auf, erstens einen entsprechenden Anteil dieser Mittel für die Schulen in der Stadt Marburg vorzusehen und zweitens umgehend zu einer Absprache

über das Verfahren zu kommen, wie diese Mittel baldmöglichst an den Schulen auch zum Einsatz kommen können.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 Waggonhallenareal
Entwicklung des Ringlokschuppens: Sachstandsbericht
Vorlage: VO/0730/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.2 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0770/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.3 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Sachstandsbericht zur planungsrechtlichen Situation im Bereich Sonnenhang/Auf der Eich im Stadtteil Marbach
Vorlage: VO/0772/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.4 Beteiligungsbericht 2011 der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0794/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.5 Jahresbericht Gebäudewirtschaft
Vorlage: VO/0795/2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage wie ausgedruckt zur Kenntnis.

---

zu 15.6 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Rudolphsplatz
Vorlage: VO/0829/2011

Die Vorlage wird vertagt bis zur Januarsitzung, da sie mit Aussprache beraten werden soll.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **23:00 Uhr**.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel
Stellv. Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringlichkeitsanträge
Schriftliche Beantwortung der kleinen Anfragen Nr. 14-25

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke	**Vorlagen - Nr.:** **Status:** **Datum:** **Eingang:**	**TOP**
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung**	

Situation Sportstätten insbesondere Hallen/Sanierung Richtsberghalle

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die StVV beauftragt den Magistrat, die Handlungsempfehlungen des Sportentwicklungsplanes Marburg, Bereich gedeckte Sportstätten, unverzüglich umzusetzen.

1. vor der Sanierung der Richtsberghalle einen Hallenneubau zu errichten;

2. die Richtsberghalle so Instand zu setzen, dass sie weiter für den Schul- und Vereinsport nutzbar ist;

3.mit Abschluss des Neuhallenbaus, die kompletten Sanierungsmaßnahmen an der Richtsberghalle einzuleiten.

Begründung:
Die StVV stimmte am 26. Februar 2010 einstimmig dem vorgelegten Sportentwicklungsplan zu. Die Handlungsempfehlung im Bereich "gedeckte Sportstätten" lautete: Neubau einer 4-Felder-Halle (1600 m²) in zentraler Lage. In der Begründung für diese Handlungsempfehlung heißt es: Entschärfung des anstehenden Sporthallen- Sanierungsstaus durch schnelle Umsetzung dieser Handlungsempfehlung, um Sportunterricht und bestehende Vereinsangebote aufrecht erhalten zu können (Ersatzfläche für Sanierungsfläche schaffen).

Diese Begründung gilt nach wie vor. Das Vorhaben des Magistrats, zuerst die Sporthalle am Richtsberg zu sanieren und damit die Hallenfläche in Marburg für 18 Monate drastisch zu verkleinern, läuft dem einstimmigen Beschluss der StVV diametral entgegen. Zudem wird diese Maßnahme des Magistrats sowohl den Schulsport, als auch den Vereinssport in Marburg in den nächsten Jahren stark beeinträchtigen. Auch die Bereitstellung der für Schulsport, aber auch Ballsport ungeeigneten Halle von Pharma Serv (Renovierung auch hier vorher notwendig, mindestens des Hallenbodens) ist keine akzeptable Alternative.

Schüler/innen, Lehrer/innen, Hallensporttreibende Marburger/innen und auch die Stadtverordneten wissen: erst Ersatzflächen schaffen, dann sanieren kann nicht funktionieren. Die Ausrede, es sei kein Geld da, zieht nicht. Der Jahresabschluss 2011 wird etwa 8 Millionen Überschuss ausweisen. Daraus lässt sich leicht sogar ohne Kreditaufnahme ein Hallenneubau finanzieren.

Wenn Sportkoordinator, Schulleiter, Stadtverordnete und andere sachkundige Bürger zu der Erkenntnis kommen, dass auch die so genannte "Kleine Lösung" in der Leopold-Lucas-Straße ausreicht, ist auch die antragstellende Fraktion einverstanden. Wenn Sportkoordinator, Schulleiter, Stadtverordnete und andere sachkundige Bürger allerdings die so genannte "Kleine Lösung" in der Leopold-Lucas-Straße nur deshalb akzeptieren, weil angeblich für eine 4-Felder-Halle oder auch eine „innovativere Halle“ (Zitat OB Vaupel auf der Bau- und Planungsausschusssitzung am 08. 12. 11) kein Geld vorhanden sei, widerspricht die antragstellende Fraktion.
Gez.

Halise Adsan
Tanja Bauder-Wöhr
Henning Köster
Jan Schalauske

Antrag der Bürger für Marburg	**Vorlagen - Nr.:** **Status:** **Datum:** **Eingang:** **16.12.2011**	**TOP**
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung**	

Sanierung und Erweiterung der Sporthalle der Gesamtschule Richtsberg

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die begleitenden Kosten für den Zeitraum der Sanierungsphase der Sporthalle der Gesamtschule Richtsberg von mindestens 18 Monaten zu ermitteln und der Stadtverordnetenversammlung kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Bergründung:

Auch wenn die Kosten für das Sanierungs- und Erweiterungsvorhaben an der Sporthalle der Gesamtschule Richtsberg mit € 4.953.573,05 schon recht klar benannt wurden, fehlt eine Aufstellung der Kosten, die mit der Verlagerung der Sportstätten für den Schulsport während der Bauphase einhergehen.

Hierzu gehören unseres Erachtens die Kosten für:

- die Anmietung alternativer Sportstätten, wie beispielsweise die Bürgerhäuser der umliegenden Ortschaften
- die Transport- und Haftungskosten der SchülerInnen und Lehrer zwischen der Gesamtschule Richtsberg und den alternativen Sportstätten
- die zusätzliche Ausstattung an Sportgeräten und nicht zuletzt
- die Kosten für die Inbetriebnahme der alten Reithalle der Firma Pharmaserv in der Marbach.

Um den gesamten finanziellen Aufwand dieses Vorhabens in seiner Vollständigkeit beurteilen zu können, gehört die Ermittlung dieser Kosten hinzu. Erst dann ist es möglich, sich über den Gesamtkostenrahmen einen Überblick zu verschaffen und seriös eine Entscheidung betreffend dieses Vorhabens treffen zu können.

Andrea Suntheim-Pichler

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang: 16.12.2011	TOP
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung**	

Hallenneubau

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,
unverzüglich den Bau einer neuen Sporthalle am Schulstandort Leopold-Lucas-Straße in Abstimmung mit den beteiligten Schulen voranzutreiben und die Sanierung der Richtsberghalle erst wieder aufzugreifen, wenn die neue Halle nutzbar ist.

Begründung:

1.) Der Oberbürgermeister hat in der Vergangenheit immer wieder suggeriert, dass der Bau einer neuen Halle bevorsteht. Dies nicht zuletzt, indem er die entsprechenden Empfehlungen des Sportentwicklungsplanes von der Stadtverordnetenversammlung hat beschließen lassen.
Der Magistrat muss den von ihm geweckten Erwartungen jetzt Taten folgen lassen.
2.) Zur Aufrechterhaltung des Schul- und Vereinssports sollten die Hallenkapazitäten der Richtsberghalle erst dann für 1 ½ bis 2 Jahre aus Sanierungsgründen entfallen, wenn eine neue Halle die Bedarfe auffangen kann.
3.) Die bisher vom Magistrat bisher ergriffenen Planungen die Richtsberghallen-Sanierung betreffend, sind so unausgereift, dass es auch aus diesem Grunde unverantwortlich ist, hier nun überhastet mit der Sanierung zu beginnen. So konnte der Magistrat noch am Dienstag im Haupt- und Finanzausschuss nicht erklären, welche genauen Auswirkungen die Sperrung auf den Schul- und Vereinssport haben wird.

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich daraus, dass der Magistrat erklärt hat, mit der Sanierung der Richtsberg-Sporthalle und der damit verbundenen Sperrung schon in Kürze beginnen zu wollen.

Wieland Stötzel **Roger Pfalz**

Antrag der Fraktion FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang: 16.12.2011	TOP
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung**	

Richtsberg-Sporthalle

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert die baurelevanten Gutachten, insbesondere das Brandschutz-Gutachten, welche die sofortige Renovierung der Richtsberg-Sporthalle erfordern, den Stadtverordneten unverzüglich zugängig zu machen.

Begründung:

Als wichtige Begründung für die sofortige Renovierung der Richtsberg-Sporthalle wurde, während der gesamten Entscheidungsfindung, vom Oberbürgermeister immer wieder ein ominöses Brandschutz-Gutachten mit Bezug auf die Versammlungsstätten-Verordnung angeführt. Dies wurde, obwohl von uns mehrfach eingefordert nie vorgelegt.
Nun fordern wir dies unverzüglich ein, um noch vor der endgültigen Entscheidung, die Begründung der sofortigen Renovierung glaubwürdig zu belegen.
Zumal, laut Oberbürgermeister, ähnlich lautende Gutachten für die restlichen Schulsporthallen ebenfalls vorliegen sollen.

Wilfried Wüst
Torsten Sawalies

DER MAGISTRAT Marburg, 22.12.2011

DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Anita Kaufmann
Rollwiesenweg 2 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 14

Kann an Schultagen zwischen 13 Uhr und 15 Uhr ein zusätzlicher Schulbus zwischen Südbahnhof und Hauptbahnhof eingesetzt werden, damit sichergestellt ist, dass keine Fahrgäste an den Bushaltestellen zugelassen werden müssen, weil die Busse überfüllt sind?

Sehr geehrte Frau Kaufmann,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Fahrplan 2012 ist eine geregelte Vertaktung auf der Achse zwischen Hauptbahnhof und Südbahnhof konzipiert worden. Damit ist sichergestellt, dass von Montag bis Freitag zwischen 7:00 Uhr und 19:00 Uhr spätestens nach 7,5 Minuten der nächste Bus kommen wird. Während der Schulendzeiten (sechste bis neunte Schulstunde) wird diese hohe Frequenz außerdem noch durch zusätzliche Fahrzeuge verstärkt.
Somit ist sichergestellt, dass die Kapazitäten ausreichen, um der zu dieser Zeit üblichen hohen Nachfrage zu entsprechen.
Die Situation zu den angegeben Zeiten wird zum Anlaufen des Fahrplans bis Mitte Februar beobachtet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

- 09 - Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Christa Perabo
Sauersgäßchen 2

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 15

Kann der Magistrat einschlägige Marburger Geschäftsleute darüber informieren, dass der Einsatz von Streusalz in Marburg nur eingeschränkt zulässig ist und ihnen empfehlen, neben Streusalz verstärkt Streusplitt in ihr Angebot aufzunehmen?

Sehr geehrte Frau Dr. Perabo,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vom Fachdienst 67 wird derzeit eine Pressemitteilung zum Thema „Ökologischer Winterdienst“ erstellt. Für den Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur ist es wichtig, vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher, die das Salz kaufen und damit umgehen, auf den bewussten und ökologischen Umgang mit dem Streumittel hinzuweisen.

Die Anregung wird aber aufgenommen, den Handel allgemein zu bitten, doch neben Streusalz auch salzfreies Streugut anzubieten. Bekanntermaßen bieten viele Händler – von Drogerien, Drogerieketten über Lebensmittelgroß- und -einzelhandel bis hin zu den großen Baumärkten - Streusalz zum Kauf an.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

- 09 - Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 16

Das in Marburg ansässige Unternehmen Deutsche Vermögensberatung (DVAG) ist von der kritischen NGO Lobbycontrol für die diesjährige Lobbykratie-Medaille, einem Negativpreis für undemokratische Lobbyarbeit, nominiert. Wie bewertet der Magistrat diese Tatsache, insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Schaden für den „Standort“ Marburg?

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Lobbycontrol hat Unterrichtsmaterial bewertet, das das Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg für „Handelsblatt macht Schule – Unterrichtseinheit Finanzielle Allgemeinbildung“ erstellt hat.
Die Einheit richtet sich an Lehrkräfte und ist für die gymnasiale Oberstufe konzipiert. Lehrkräfte können auswählen, was sie im Unterricht verwenden und wie.
Die DVAG hat Material geliefert, das das Institut für Ökonomische Bildung verarbeitet hat.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

- 09 - Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstraße 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 17

Warum ist die seit Monaten vorliegende neue Satzung des Denkmalbeirates noch nicht verabschiedet worden?

Sehr geehrter Herr Jannasch,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die drei Satzungsentwürfe sollen in Kürze (voraussichtlich bis März 2012) verabschiedet werden. Bisher gab es innerhalb der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des Denkmalbeirats noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich der Obergrenzen einzelner Gewerke bei der Bezuschussungsrichtlinie. Hier sind auch neue Aspekte aus der Abarbeitung von Beihilfeanträgen in Verbindung mit der zum Jahresende auswertbaren Erfahrungen eingeflossen.

Zu den weiteren Verfahrensschritten:

1. in Kürze Fertigstellung der Entwürfe für Satzung, Zuschussrichtlinie und Bausatzung durch den Fachdienst 61

2. Weiterleitung über Magistrat an den Fachdienst 30, Rechtsservice, mit der Bitte um Prüfung

3. erneute Weiterleitung an den Denkmalbeirat (in seiner neuen Zusammensetzung); Einarbeitung evtl. Vorschläge

4. Erstellung der Stadtverordnetenvorlagen federführend durch den Fachdienst 61 unter Beteiligung des Fachdienstes 30; Vorlage an Bürgermeister; abschließende Zeichnung durch die Dezernenten

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

- 09 - Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster
Wilhelm-Roser-Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 18

Am 26.11.2011 lagen in der Calvinstraße gelbe Säcke ausgeteilt vor den Häusern. Im Stadtwald und Umfeld hingegen werden gelbe Säcke nicht mehr verteilt und müssen vom Mieter selbst abgeholt werden. Es ist noch nicht einmal möglich, für die gesamte Hausgemeinschaft welche zu erhalten. Wo werden noch gelbe Säcke verteilt und wo aus welchen Gründen nicht mehr?

Sehr geehrter Herr Köster,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Leichtverpackungen werden in Marburg wie folgt eingesammelt:

- Gelbe Säcke (Regelsystem) oder
- Gelbe Container (1,1 m³) bei mehrgeschossigen Wohnanlagen
- Gelbe Tonnen (Ausnahme vom Regelsystem - in Gebieten mit starken Tierproblemen, wie Marder, Ratten, Krähen, …)

Verteilung der Gelben Säcke
Die Verteilung der Gelben Säcke erfolgt 1 x jährlich. Es werden nur die Haushalte beliefert, die keine Gelben Tonnen oder Gelben Container haben – denn dort erfolgt die Erfassung der Verpackungen lose in den Sammelgefäßen.

Die Grundverteilung für 2012 ist nach Auskunft von SITA inzwischen abgeschlossen – jeder Haushalt hat 3 Rollen a´ 10 Säcke zur Verfügung gestellt bekommen.

Nachlieferungen
In den Verhandlungen mit SITA wurde vereinbart, dass weitere Gelbe Säcke an den bekannten Ausgabestellen – DBM, Stadtbüro, Servicezentrale der Stadtwerke am Rudolphsplatz, Umweltladen, Ortsvorsteher – für die Bürgerinnen und Bürger bereit liegen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster
Wilhelm-Roser-Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 19

Am Pilgrimstein wurde der Fuß- und Radweg weitgehend saniert und verbreitert. Seit Monaten aber passiert nichts mehr. Bei der ehemaligen Frauenklinik behindert ein tiefes Loch nebst großräumiger Absperrung alle, bei der Ausfahrt Brauerei-Parkplatz sind 20 m weder gepflastert noch geteert, was zu gefährlichen Überquerungen des Pilgrimsteins führt. Wann wird der Magistrat die Bauarbeiten abschließen?

Sehr geehrter Herr Köster,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Straßenbauarbeiten konnten über einen längeren Zeitraum nicht abgeschlossen werden, weil die neue Wasserleitung noch nicht mit dem Bestand verbunden war. Die Arbeiten an den Übergängen (ehemalige Frauenklinik und Parkplatz ehemalige Brauerei) konnten nicht ausgeführt werden, weil die alte Wasserhauptleitung im Pilgrimstein nicht außer Betrieb genommen werden konnte. Dies hing mit einem drohenden Versorgungsengpass zusammen, der durch längere

Instandsetzungsarbeiten an der Wassertransportleitung Ronhausen – Cappel verursacht war. Diese Instandsetzung konnte in der 48. KW 2011 abgeschlossen werden. In der 49. KW 2011 sind die Arbeiten im Pilgrimstein wieder aufgenommen worden und sollen bei geeigneter Witterung noch vor Weihnachten abgeschlossen werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Wilfried Wüst
Haselhecke 16

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 20

Wie ist Innen-Beleuchtung des Parkhauses „Pilgrimstein“ geregelt und gibt es einen Bezug zu den Öffnungszeiten?

Sehr geehrter Herr Wüst,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Parkhaus Oberstadt der Stadtwerke Marburg ist von Montag bis Sonntag in der Zeit von 6:00 Uhr bis 2:00 Uhr geöffnet. Die Beleuchtung des Parkhauses ist über mehrere Systeme geregelt:
Eine Zeitschaltuhr schaltet die Beleuchtung der Parkdecks und des Zugangs aus der

Oberstadt in der Zeit von 2:30 Uhr bis 5:00 Uhr ab.
Während dieser Zeit sind auf jeder Etage und auf dem Steg zur Oberstadt Bewegungsmelder aktiviert, die bei Betreten des Parkdecks bzw. der internen Zuwege die Beleuchtung einschalten.
In der Zeit von 5:00 Uhr bis 2:30 Uhr wird die Beleuchtung darüber hinaus für jedes Parkdeck mit Dämmerungsschaltern der aktuellen Lichtsituation angepasst.
Die Einfahrt und die Treppenhäuser des Parkhauses werden aus Sicherheitsgründen dauerbeleuchtet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Hermann Heck
Weitershäuser Straße 13

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 21

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass an dem Parkautomat am Parkdeck Barfüßertor, oder dem direkt daneben stehenden Schild eine Lampe angebracht wird, damit Parkwillige auch in der Dunkelheit ihren Obolus im Portemonnaie finden und die notwendigen Parkgebühren entrichten können?

Sehr geehrter Herr Heck,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Parkscheinautomat am Parkdeck Barfüßertor befindet sich direkt an der Mauer des vorstehenden Hauses. Die Installation einer Beleuchtung in unmittelbarer Nähe des Parkscheinautomaten erfordert eine Investition im unteren vierstelligen Bereich, da dort keine Stromversorgung für die Beleuchtung vorgesehen ist.
Das genannte Parkdeck ist ab 19:00 Uhr und am Sonntag gebührenfrei.
Das Problem einer unzureichenden Beleuchtung relativiert sich daher auf die Wintermonate.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Marco Nezi
Gutenbergstraße 27

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 22

Hat die Stadt als Schulträger konkrete Daten über die Raumtemperaturen und deren Regelung während der Heizperiode in den hiesigen Schulen?

Sehr geehrter Herr Nezi,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Seitens der Verwaltung wurden Handlungsanweisungen zur Beheizung und Belüftung erstellt. Zuletzt bearbeitet und herausgegeben im September 2008. Sie lehnen sich an die Vorgaben des VDI 2089 sowie an die Empfehlungen des Deutschen Städtetages an.
Die vorhandene Anlagentechnik ist so eingestellt, dass die vorgesehenen Temperaturen (in Unterrichtsräumen 20 ° C) erreicht werden können. Eine zentrale Überwachung der Einstellungen und Kontrolle der Raumtemperaturen erfolgt nicht. Insbesondere bei den Schulen hat das Energiespar-Prämiensystem dazu geführt, dass die mit Energie (Wärme und Strom) sparsamer umgegangen wird. In den Jahren 2003 bis 2010 wurde der Heizenergieverbrauch der Schulen um insgesamt 18% reduziert. Gleichwohl wurde die Entwicklung der Energiekosten lediglich gebremst
(Heizkosten der Schulen 2003: rd. 700 T€, 2010: rd.1.000 T€)

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 23

Welche Bürgerarbeitsplätze sind zurzeit (01.12.2011) im Verantwortungsbereich der Stadt Marburg zu welchen Bedingungen eingerichtet, und welche Bürgerarbeitsplätze sind bis Mitte 2012 geplant?

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zurzeit sind keine Bürgerarbeitsplätze im Verantwortungsbereich der Stadt Marburg eingerichtet.

Für den Bewilligungszeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2014 sind zwei Bürgerarbeitsplätze als „Präventivberater Umwelt“ im Bereich des Fachdienstes Ordnung vom Bundesverwaltungsamt im Oktober 2011 genehmigt worden.

Die „Präventivberater Umwelt „ sollen auf den Lahnwiesen, in Parks, auf Kinderspielplätzen, an städtischen Schulen außerhalb der Schulzeit und in Waldgebieten dafür Sorge tragen, dass die „Spielregeln“ für Grünflächen, wie z. B. Müll in den vorgesehenen Abfallbehältern zu entsorgen, Hunde an die Leine zu nehmen, lärmende Personengruppen darauf hinzuweisen, dass andere gestört werden und vieles andere mehr, eingehalten werden. Sie sollen präsent sein und Ansprechpartner für alle Probleme, die auf den potentiellen Einsatzgebieten entstehen, darstellen. Auch sollen sie durch präventives Handeln Konflikte vermeiden. Bei der Feststellung von Gefahrensituationen müssen die Präventivberater die Ordnungspolizei informieren, die dann eigenverantwortlich tätig wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen 3 Bewerbungen für diese Bürgerarbeitsplätze vor, so dass voraussichtlich im Januar 2012 eine Auswahl zur Besetzung dieser Arbeitsplätze vorgenommen werden kann. Erst mit Besetzung der Bürgerarbeitsplätze beginnt die Zuwendung im Rahmen der Projektförderung.

Es ist vorgesehen, die Präventivberater Umwelt mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden und einem Entgelt von 8,50 € pro Stunde zu beschäftigen. Somit weichen wir von der gängigen Praxis, Beschäftigten auf Bürgerarbeitsplätzen ein Entgelt in Höhe der Fördersumme von 900,-- € zu zahlen, zugunsten der Beschäftigten ab.

Weiterhin ist geplant, an Marburger Schulen Bürgerarbeitsplätze einzurichten. Die Einrichtung und Betreuung dieser Bürgerarbeitsplätze soll durch die Firma INTEGRAL erfolgen. Zurzeit werden die Inhalte dieser Bürgerarbeitsplätze mit dem Fachdienst Schule abgestimmt. Die Anzahl dieser Bürgerarbeitsplätze ist noch nicht endgültig festgelegt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 24

Welche gesundheitserhaltenden bzw. gesundheitsfördernden Maßnahmen bietet die Stadtverwaltung ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an und in welchem Umfang werden diese genutzt?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Juli 2007 wurde in paritätischer Zusammenarbeit zwischen Gesamtpersonalrat und Dienststelle der **Arbeitskreis Gesundheit** gegründet, um eine betriebliche Gesundheitsförderung bei der Stadtverwaltung Marburg und dem Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) systematisch zu implementieren. Mit der Gründung des Arbeitskreises wurden die zuvor punktuell durchgeführten Gesundheitsmaßnahmen zu einem Gesamtkonzept gebündelt und weiter ausgebaut. Im Arbeitskreis sind folgende Mitglieder vertreten: der Personalservice der Stadtverwaltung und des DBM, die örtlichen Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen, der Gesamtpersonalrat, der betriebsärztliche Dienst und der Arbeitsschutzausschuss der Stadtverwaltung und des DBM sowie die Frauenbeauftragte der Stadtverwaltung.
Der Arbeitskreis verfolgt folgende Zielsetzungen: Optimierung der Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen unter dem Aspekt der Gesunderhaltung, Stärkung des Gesundheitsbewusstseins und der Gesundheitskompetenz sowie Förderung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz und somit auch des Betriebsklimas, der Motivation und Leistungsfähigkeit.

Der Arbeitskreis Gesundheit legt jährlich einen Schwerpunkt in der betrieblichen Gesundheitsförderung fest und informiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig über das jeweilige Thema. Zu den Themenfeldern „Darmkrebsvorsorge“ (2008), „Suchtprävention“ (2009) und „Gesunder Arbeitsplatz“ (2010) wurden

Aktionstage durchgeführt und **Fachbeiträge im Gemeinsamen Mitteilungsblatt** veröffentlicht. Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention kooperiert der Arbeitskreis mit Krankenkassen, Fachstellen und ortsansässigen Firmen.

In 2011 lag der Fokus auf der Erstellung und Implementierung einer neuen „**Dienstvereinbarung zur betrieblichen Suchtprävention bei der Universitätsstadt Marburg**“. Die Dienstvereinbarung definiert u. a. verbindliche Vorgehensweisen, um durch Präventivmaßnahmen einem Suchtverhalten vorzubeugen sowie betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konkrete Hilfen anzubieten. Mit den **betrieblichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für Sucht** haben die Stadtverwaltung Marburg und der DBM ihr **internes Beratungsangebot** erweitert. Sie übernehmen Beratungs- und Wegweisungsfunktionen. Bei der Ausübung ihrer Aufgaben sind sie weisungsungebunden, sie unterliegen der Schweigepflicht und sie kooperieren mit den Betriebsärztinnen und den Fachstellen für Sucht und Suchtprävention in der Region. Des Weiteren sieht die Dienstvereinbarung vor, Führungskräfte über regelmäßige verbindliche Schulungen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Informationsveranstaltungen über das Thema Sucht zu informieren. Entsprechende Veranstaltungen haben im November und Dezember 2011 bereits stattgefunden.
Zur Erweiterung der Gesundheitskompetenz und des Gesundheitsbewusstseins ist die betriebliche Gesundheitsprävention seit mehreren Jahren ein fester Bestandteil des jährlich erscheinenden **Fortbildungsjournals**. Es werden u. a. Seminare zum positiven Umgang mit Stress, Zeitmanagement oder zur Gestaltung von Arbeitspausen angeboten. Weiterhin werden Schnupperkurse abgehalten, die einen Einblick in verschiedene Sportarten ermöglichen, wie etwa Rückengymnastik oder Aquajogging. Daneben gibt es Kurse über gesunde Ernährung, Yoga oder Ergonomie am Arbeitsplatz wie z. B. Erstellung eines Sitzpasses, gesundes Sehen und funktionelles Fitnesstraining. Die Seminare verzeichnen von Beginn an eine sehr gute Belegung.

Der Gesamtpersonalrat der Stadtverwaltung und des DBM veranstaltet seit 2008 jährlich einen **Bewegungs- und Gesundheitstag**, der bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großen Anklang findet. Es werden unterschiedliche Sportarten zum Kennenlernen und Mitmachen angeboten, wie z. B. Nordic Walking und Tai Chi, aber auch Programmpunkte wie Ergonomie am Arbeitsplatz, Denksport oder Sport für Menschen mit Bewegungseinschränkungen werden vorgestellt. Zusätzlich zu den Bewegungsangeboten können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Informationen zum Thema Gesundheit an verschiedenen Ständen einholen und sich dort individuell von Expertinnen und Experten beraten lassen.

Anregungen, Kritik und Verbesserungswünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sowohl beim Fortbildungsjournal als auch beim Bewegungs- und Gesundheitstag berücksichtigt, sodass hier nicht nur **angebotsorientierte**, sondern auch **nachfrageorientierte Maßnahmen** des betrieblichen Gesundheitsmanagements durchgeführt werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 22.12.2011
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 16.12.2011
hier: Frage Nr. 25

Wie viele Mütter und Väter, die bei der Stadtverwaltung oder städtischen Unternehmen beschäftigt sind, haben 2010/2011 in welchem Umfang (Anzahl der Monate/Stundenreduktion) Elternzeit in Anspruch genommen?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Bereich der **Stadtverwaltung Marburg** waren oder gingen in den Jahren 2010/2011 insgesamt 34 Personen, 30 Frauen und 4 Männer, in Elternzeit. Jeweils eine Frau und ein Mann arbeiteten mit reduzierter Stundenzahl während ihrer Elternzeit. Die Reduzierung umfasste unterschiedliche Umfänge von 9, 12, 15 und 27 Wochenstunden in unterschiedlichen Zeiträumen von 4, 8, 9 und 17 Monaten.

Im Bereich des **Dienstleistungsbetriebes der Stadt Marburg (DBM)** waren oder gingen in den Jahren 2010/2011 insgesamt 5 Personen, 4 Frauen und 1 Mann, in Elternzeit. Eine Frau arbeitete mit reduzierter Stundenzahl während ihrer Elternzeit.

Bei der Unternehmensgruppe **Stadtwerke Marburg GmbH** waren oder gingen in den Jahren 2010/2011 insgesamt 15 Personen, 7 Frauen und 8 Männer in Elternzeit. Ein Mann arbeitete mit reduzierter Stundenzahl während der Elternzeit. Die Reduzierung umfasste einen Umfang von 9 Wochenstunden.
Die 7 Mitarbeiterinnen haben in 2010/2011 insgesamt 54 Monate Elternzeit genommen und befinden sich teilweise noch in Elternzeit.

Im Bereich der **Marburger Altenhilfe gGmbH** waren oder gingen in den Jahren 2010/2011 insgesamt 7 Personen, 6 Frauen und 1 Mann, in Elternzeit. Stundenreduzierungen im Zusammenhang mit einer Elternzeit gab es im fraglichen Zeitraum nicht.

Im Bereich der **Marburger Service GmbH** waren oder gingen in den Jahren 2010/2011 insgesamt 2 Mütter in Elternzeit. Stundenreduzierungen im Zusammenhang mit einer Elternzeit gab es im fraglichen Zeitraum nicht.

Eine Übersicht der Verteilung der Elternzeiten ist in Tabellenform als Anlage beigefügt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

Anlage